

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Großhessischen Universitäts- und Steindruckerei, K. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 51. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

24. Sitzung, Donnerstag, den 30. April.
Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Brauns, Kühn.
Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Eingegangen ist das Neuwahlgesetz.

Die medlenburgische Verfassungsfrage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation über die Verlegung eines Verfassungsentwurfs für die medlenburgischen Großherzogtümer.

Die Interpellation lautet:

Im Reichstagsantrag bezieht, dem Reichstag einen Verfassungsentwurf für die medlenburgischen Großherzogtümer vorzulegen, in dem für die Wahlen zur Volksvertretung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vorgegeben ist?

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation heute zu beantworten.

Abg. Herzfeld (Soz.)

Begründet die Interpellation. Trotz aller Verhandlungen und Reformbestrebungen besteht heute noch das alte händliche medlenburgische Grundgesetz, während in allen anderen Staaten moderne Verfassungen erlassen sind. Allen Versuchen des Reichstages gegenüber, hier einzugreifen, hat sich der Bundesrat ablehnend verhalten. Die medlenburgische Regierung selbst hat schon die Hoffnung aufgegeben, daß mit Hilfe des Bundesrates und Reichstages endlich eine Verfassung zustande kommt, nachdem alle Verfassungsentwürfe von den Ständen verworfen worden sind. Der Großherzog hat schließlich sich entschlossen, eine Verfassung dem Lande aufzuzwängen, falls auch ein letzter Versuch einer Verfassungsreform am Widerstand der Stände scheitert. Hätte sich die Reichsregierung hinter den Großherzog gestellt, so wäre die Verfassung in Kraft getreten. Aber die Reichsregierung hat sich gegen eine Öffnung erklärt und so ist sie unterblieben. Die Nachlässigkeit des Landesherren gegenüber den Ständen ist noch niemals so deutlich zutage getreten. Jetzt muß der Reichstag helfend eintreten.

Eine vernünftige Steuererhebung wird durch diese Stände verhindert, und der Organismus der Niederlagen der medlenburgischen Großherzöge wurde nachher Premierminister. Wie bezeichnend ist der Fall des Landrats v. Kalkow-Kalkow, der einen Gerichtsbescheid beleidigte und den man mit allen Mitteln der gerichtlichen Klage zu entziehen suchte. Diese Zustände sind gänzlich unhaltbar. Auf den Gütern der Stände ist die Bevölkerung in den letzten hundert Jahren zurückgegangen, während die Bevölkerung des Reiches seitdem um 25 Prozent zugenommen hat. Ist das Deutsche Reich dazu da, Uganda zu kultivieren und sich nicht um Medlenburg zu kümmern? Die Eisenbahnen sind völlig rückständig, ebenso die Schulen. Galizier, Polen und Ruthenen arbeiten auf den Gütern. Hier muß das Reich helfend eingreifen. Wir verlangen das Reichswahlrecht und rechnen dabei auf die Unterstützung der Liberalen. Der Bundesrat kommt immer nur mit leeren Ausreden. Die föderalistische Grundlage des Reiches fordert gerade, daß auch Medlenburg eine Verfassung erhält. Wir erwarten, daß die Mehrheit des Reichstages hinter uns steht. Die Zuständigkeit der Reichsregierung ist über allen Zweifel erhaben. Auf Jahrzehnte hinaus ist an eine Verfassung in Medlenburg nicht zu denken, wenn der Reichstag nicht hilft. Es ist eine politische Schmach für Deutschland, wenn jetzt nichts geschieht. Es gibt kein Land in Europa, in dem so traurige Verhältnisse herrschen wie in Medlenburg, wo die Bevölkerung völlig rechtslos ist. Der Reichstag muß helfen. (Beifall der Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen zur medlenburgischen Verfassungsfrage ist in diesem Hause wiederholt beigelegt worden. Ich habe schon Anfang 1910 und Ende 1912 die Eire geholt, hier darüber Ausführungen zu machen. Der Standpunkt der verbündeten Regierungen hat sich seitdem nicht geändert. Der Reichstagler ist daher in voller Uebereinstimmung mit der Auffassung sämtlicher Bundesregierungen nicht in der Lage, der in der Interpellation gegebenen Anregung zu entsprechen. (Bravo! rechts.)

Medlenburgischer Gesandter Freiherr von Brandenstein:

Ich kann mich der oben abgegebenen Erklärung namens meiner Regierung nur anschließen und bemerke im Gegensatz zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Herzfeld, daß die großherzoglichen Regierungen nie früher so auch heute auf dem Standpunkte stehen, daß ein Eingreifen des Reiches in die Verfassungsverhältnisse eines Einzelstaates nicht erwünscht ist. Ich würde mich mit dieser Erklärung begnügen können, wenn sich nicht doch in den Ausführungen des Abg. Herzfeld eine ganze Reihe von Ausführungen befände, die meines Erachtens die tatsächliche Lage in Medlenburg nicht richtig wiedergeben. Ich kann nicht auf alle Einzelheiten eingehen, möchte nur ein Beispiel anführen. Wenn der Abgeordnete sich darüber beschwert, daß in Medlenburg eine Steuerreform nicht zustande gekommen ist, und zwar durch die Stände, so stelle ich fest, daß eine solche eingeführt ist ganz gleichzeitig derjenigen in Preußen. Das ist doch ein wesentlicher sozialer Fortschritt. (Sehr richtig! rechts.) Das wird auch in Medlenburg durchaus als solcher angesehen. Wenn der Abgeordnete ferner die medlenburgischen Eisenbahnen besonders tabelt, so glaube ich an dieser Stelle auch darauf nicht zurückkommen zu sollen. Das wird Sache der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung sein. Daß der Fall von Kalkow hier zur Sprache käme, habe ich nicht erwartet, ich habe die Akten nicht hier. Sowie ich mich erinnere, hat der Abgeordnete den Sachverhalt doch auch nicht ganz richtig dargestellt.

Der Landrat v. Kalkow war auf das Gericht nach Gütrow gikert worden, um dort vernommen zu werden. Er ist da heringekommen und hat — ich gebe das ohne weiteres zu — ein bißchen über, sich zu einer unrichtigen Äußerung hinreichend lassen: Von einem so jung Mann lasse ich mich nicht vernemen! (Aa ja! bei den Soz., Unruhe.) Es ist dann weiter von dem Beamten ein Strafantrag gestellt worden und es wurde gewünscht, daß der übliche Ausgleich geschaffen werde. (Unruhe bei den Soz.) Das ist ja sogar vorgezeichnet. Es wurde angeregt den Strafantrag zurückzuziehen und der Gerichtssekretär wurde angewiesen von seiner Behörde, danach zu verfahren. (Hört! hört! bei den Soz., Unruhe.) Es kommt doch nur darauf an, ob ein öffentliches Interesse für eine solche Klage vorliegt, nur in einem solchen Falle

braucht die Verleumdung verfolgt zu werden. (Unruhe bei den Soz.)

Der Chef der Justizverwaltung ist der Ansicht gewesen, daß es nicht vorlag. Lediglich aus diesem Grunde hat er die Verlegung getroffen. Das Privatklagenverfahren ist aber seinen Weg gegangen und in den letzten Tagen durch einen Vergleich entschieden worden, in dem der Landrat anerkannte, daß er zu weit gegangen sei. Damit ist die Sache erledigt, daraus kann der Justizverwaltung kein Vorwurf gemacht werden. (Lebhafte Unruhe bei den Soz.) Ich bin nun der Ansicht (Zuruf bei den Soz.: Acht medlenburgisch! Unruhe). Der Chef der Justizverwaltung ist der Ansicht, daß er hier das Rechte tut. (Lachen bei den Soz.) Dann hat der Abgeordnete gesagt, es gebe in der Ritterschaft keine Fortbildungsschulen. Ja haben Sie denn auf den Ritterschaften in Preußen Fortbildungsschulen? Sie finden sich doch wohl bloß in den Städten. Auf diese Ausführungen kann ich mich bloß beschränken. (Unruhe bei den Soz., Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Daase (Soz.) wird die Beipredung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Ich kann nur die Erklärung wiederholen, die wir schon bei früheren Angelegenheiten abgegeben haben. Wir haben an sich den Wunsch, daß Medlenburg eine Verfassung erhält. Wir halten aber den Reichstag nicht für zuständig, aus sich heraus einen solchen Antrag zu stellen. Wenn wir vom Bundesrat eine Vorlage bekommen (Zuruf der Soz.: Die verlangen wir ja!), dann werden wir dafür sein. Wir halten aber den Reichstag nicht für befugt, darauf hinzuwirken, daß die Vorlage eingebracht wird.

Abg. Roland-Lüdt (Natl.):

Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären: Wir haben den lebhaftesten Wunsch und die Pflicht, die Aufmerksamkeit des Reichstages auf den medlenburgischen Notstand zu lenken und eventuell die Unterstützung des Reichstages zur Beseitigung dieses Notstandes zu erwirken. Der Inhalt der jetzigen Interpellation ist allerdings nicht geeignet, die Wünsche Medlenburg zu einer angemessenen Verfassung zu verhelfen, vorwärts zu bringen. Aus diesem Grunde sind wir augenblicklich nicht in der Lage, in eine Erörterung hierüber einzutreten. Wir behalten uns vielmehr vor, anlässlich eines nächsten von uns einzubringenden weiteren anderen Antrags näher auf die Sache einzugehen.

Abg. Dr. Wendorf (Op):

Die Antwort des Staatssekretärs kann uns nicht befriedigen, und die Antwort des medlenburgischen Vertreters steht im Gegensatz zu gewissen Äußerungen führender Männer in Medlenburg-Strelitz. Dort hat man ein Eingreifen des Reichstages geradezu gewünscht. Es geht in Medlenburg so nicht mehr weiter. Diese treue deutsche Bevölkerung hat Anspruch auf eine Beteiligung an der Verwaltung. Die medlenburgische Rückständigkeit ist leider sprichwörtlich geworden in Deutschland. Dieses produktive Volk, dieses herrliche Land tut uns bitter leid, daß es nicht zu seinem Rechte kommen kann. Ich erinnere da an einen Fall, der unseren Kollegen Sibirskich betrifft. Seine Kollegen haben als Lehrer eine Gehaltzulage bekommen, er nicht, da seine Kollegen mit seiner Vertretung zu viel zu tun hätten. Medlenburg kann nur zu seinem Rechte kommen, wenn der Reichstag hilft. Es ist für uns eine heilige Pflicht, für eine Verfassung Medlenburgs zu kämpfen.

Abg. Dr. v. Graefe (Kons.):

Der Streit um die medlenburgische Verfassung ist so alt wie die Reichsverfassung selbst. Eine Einmischung des Reichstages würde dem föderalistischen Grundcharakter des Reiches nicht entsprechen. Das war stets und ist auch heute noch unser Standpunkt. Der Begründer der Interpellation hat nicht bewiesen, daß der Reichstag zuständig ist. Das ganze medlenburgische Volk würde eine solche Einmischung als eine Erniedrigung betrachten. (Lachen links.) Bei dieser Interpellation handelt es sich anscheinend um einen Bruderkrieg zwischen Sozialdemokraten und Demokraten. Man will den Liberalen bei den Wählern das Wasser abtrotzen. Ich werde an der richtigen Stelle für eine wirklich gesunde Entwicklung der medlenburgischen Verfassung wirken trotz der Abneigung mancher meiner Freunde.

Abg. Sibirskich (Op):

Die Stände treiben eine Nachpolitik sans gêne. Sie sagen immer: Nun gerade! Die sozialdemokratische Interpellation hat keine Aussicht auf Erfüllung. Unsere Anträge sind viel sachgemäher und praktischer. Regierung und Reichstag sind gleichberechtigt. Darum bedauern wir die Zurückhaltung des Zentrums. Die medlenburgische Regierung verhielt sich nicht immer so ablehnend wie heute. Änderungen des Herrn v. Wassow lauten anders. Das medlenburgische Volk läßt sich durch Herrn v. Graefe nicht täuschen. Das Reich ist kompetent. Unsere medlenburgische Heimat verdient eine zeitgemäße Verfassung.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Es ist sehr bemerkenswert, daß der Leiter der Zentrumspartei eines der wichtigsten Rechte des Reichstages tagt preisgibt. Es ist unser Recht, den Bundesrat vorwärts zu treiben! Wie wollen denn die Liberalen die Verfassung in Medlenburg durchführen? Ohne den Reichstag geht es nicht. Die einzige Rettung Medlenburgs ist die Sozialdemokratie. Der Reichstag, der nicht vorwärts kommt und sich mit solchen Redensarten begnügt, ist weiter nichts als eine Schwachhude.

Vizepräsident Dr. Baasche:

Sie dürfen den Reichstag nicht Quatschhude nennen. (Geisterheit.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Ich sprach nur von einer Schwachhude. Der Reichstag soll endlich Laten zeigen. Damit ist die Interpellation erledigt. Einige Rechnungs-sachen werden ohne Aussprache erledigt.

Die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Stellungnahme des Reiches zu den Dampfersubventionen hat sich etwas geändert. Die

Gründe, die dazu geführt haben, sind im wesentlichen wirtschaftlicher Natur. Die Subventionen betragen jetzt etwa 30 Jahre, und bevor die verbündeten Regierungen jetzt mit einer neuen Vorlage kamen, mußten sie prüfen, ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zu den Subventionen geführt haben, noch bestehen. Danach blieb es weiter, ob und in welchem Umfange die bestehenden Linien vervollkommen werden sollten, und in welchem Umfange, entsprechend diesen Erwägungen, die Subvention erhöht werden sollte. Wir sind deshalb mit den Reedereien und in erster Linie mit dem ersten Unternehmer, mit dem norddeutschen Lloyd, in Verhandlung getreten. Die erste Frage war, ob die Verbindungen hinreichend oder ob sie zu verbessern und zu vermehren sind, und weiter, ob der Einfluß der Reichsleitung auf den Betrieb der Linien zu entbehren oder anspruch zu erhalten oder abzugeben sei. Auf eine Anregung des Reichstages sind wir dem Gedanken einer Ausschreibung näher getreten. Unmittelbar darauf gab auch die Hamburg-Amerika-Linie, die in den Postdampferdienst nach Ostasien hereinkommen wollte, Anregung zu einer solchen Ausschreibung.

Auf Grund dieser Verhandlungen wurde dann eine Zeit beschränkter Submissionen ausgeschrieben, mit dem Ergebnis, daß sämtliche Angefragten, mit Ausnahme der Hamburg-Amerika-Linie, die Abgabe von Geboten ablehnten. Die Hamburg-Amerika-Linie erklärte eine Subvention für Ostasien nicht für erforderlich und wollte vom 1. Oktober d. J. ab monatliche Fahrten nach Ostasien ohne Reichshilfe einführen. Damit konnte eigentlich das bisherige Subventionssystem für Ostasien in Wegfall kommen, zumal auch der Bremer Lloyd aus dem Angebot der Hamburg-Amerika-Linie die Konsequenzen zog und auch seinerseits auf die Subvention verzichtete. Ein solches Angebot ist kein Wunder, wenn man die Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1886 betrachtet. Die Erwägungen, die damals Bismarck veranlaßten, die Vorlage zu machen, gingen dahin, überhaupt erst die Grundlagen für eine wirtschaftliche Beziehungen mit Ostasien zu schaffen. Inzwischen ist aber der Verkehr von 45 Millionen auf über 300 Millionen gestiegen. Bei dieser glänzenden Entwicklung des Verkehrs ist ein Verzicht auf die Subvention erklärlich. Auch die Rentabilität dieser Linien ist günstiger geworden. Dabei müßte versucht werden, ob sich auch nicht mit geringerer Subvention ein entsprechender Dienst aufrecht erhalten läßt, um so mehr als wir durch den Verzicht auf die Subvention unseren Einfluß auf die Gestaltung des ostasiatischen Dienstes nicht aufgeben brauchen.

Der Lloyd hat sich bereit erklärt, mit dem Reich einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Die Bedingungen sind etwas treuer gehalten worden, und namentlich erklären es zunächst bedenklich, daß das Reich auf die ihm zurechnende Genehmigung der Tarife verzichten solle. Über der Lloyd hat bisher nur solche Veränderungen vorgeschlagen, die sämtlich nachher genehmigt wurden. Wir glauben also, daß der Postdampferdienst in Ostasien auch ohne Subvention in einer den Bedürfnissen des Reiches entsprechenden Weise fortgesetzt werden kann und wird. Etwas anderes ist es mit den australischen Linien. Auch hier sollen 1896 nur Grundlinien für neue regelmäßige Handelsbeziehungen geschaffen werden. Und in der Tat ist der Verkehr seitdem von 26 auf 116 Millionen gestiegen. Diesen Verkehr betreiben in der Hauptsache zwei deutsche Frachtdampfer-Linien, der Norddeutsche Lloyd und die Deutsch-Ostasiatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Es ist kein Zweifel, daß die subventionierten Linien auf die Entwicklung des Verkehrs großen Einfluß gehabt und dadurch, daß sie regelmäßig die deutsche Postdampferflotte in den australischen Gewässern geizen, das Ansehen der deutschen Schiffahrt und des Reiches gehoben haben. Im übrigen hat aber die australische Subvention die auf sie gezogene Erwartungen nicht erfüllt. Es konkurrieren zwei große englische Gesellschaften mit erklaffigen Schiffen, die schneller und öfter fahren als die unseren. Schließlich muß der Verkehr auf sie überwandern. Es ist auch zu bemerken, daß die deutschen Postdampfer überwiegend von ausländischen Passagieren besetzt sind. Im Australien kommt nur noch in Frage, ob wir die Linie aufgeben oder erheblich höhere Mittel gegenüber dem englischen Dienst einstellen. Wir erwarten, daß die Vorlage dem Interesse des Reiches und der Handelswelt dienen wird.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Zentr.) wird die Vorlage ohne Aussprache an die Budgetkommission verwiesen.

Der Schutz des menschlichen Lebens auf See.

Es folgt die erste Beratung des internationalen Vertrags zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Das furchtbare Unglück der Titanic vor zwei Jahren hat die Anregung zu diesem Vertrage gegeben. Die Katastrophe hat also die eine wohlthätige Folge gehabt, daß eine Reihe von Vorschlägen zur Verhinderung künftiger ähnlicher Fälle gemacht worden sind. Man hat eine Konferenz einberufen. Das Ergebnis dieser Beratungen ist dieser Vertrag. Der Vertrag zielt auch dahin, die Schwierigkeiten, die der deutschen Schiffahrt im Auslande durch das dortige Recht gemacht werden, zum Teil zu beseitigen. Die Aufgaben der Konvention werden von vornherein beschränkt auf die Postdampferschiffahrt. Die Fragen der Frachtdampferschiffahrt wurden ausgeschlossen, weil man sonst überhaupt nichts erreicht hätte. Zu Sicherung der Seefahrt soll ein internationaler Dienst zur Beobachtung des Eises geschaffen werden. Die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen Vorlagen werden rechtzeitig dem Reichstage zugehen.

Abg. Schumann-Jorst (Soz.):

Grundsätzlich kann man mit dem Vertrage einverstanden sein. Aber es ist schlimm genug, wenn die Reeder erst durch solche Unglücksfälle an ihre Pflicht erinnert werden müssen. Hätte es sich nur um Frachtdampferschiffe gehandelt, dann wäre es zu dieser Reformation wohl gar nicht gekommen. (Cho-Rufe.) Die Reeder betreiben die ganze Sache nur rein geschäftsmäßig. Wir bedauern lebhaft, daß die Regierung die Vertreter der seemannischen Arbeiter nicht mehr berücksichtigt hat. Andere Länder haben die Führer der Arbeiter zur Konferenz zugezogen, nur Deutschland nicht. Wir brauchen ein Reichsschiffahrtsamt. Ein Vertragungsamt wird angenommen.

Präsident Dr. Baasche bekennt die nächste Sitzung auf Freitag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Getreidestatistik, Änderung des Gesetzes betreffend die Schuldverschreibungen, vorher Fortsetzung der Beratung des Vertrags zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

Interessantes Angebot!!



Ich war bei der Zusammenstellung meiner Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten bemüht, meiner Kundschaft etwas ganz hervorragendes zu bieten. Beachten Sie gefälligst die nachstehenden Preise



<p>Jedes Paar M. 3.95</p> <p>Damen-Molière-Halbschuhe neueste Normalform steile Absätze mit echter Kappe . . M. 3.95 Nummer 36-42 auch in braun.</p> <p>Damen-Richelieu-Halbschuhe extra bequeme Form angenehm weiches Oberleder, engl. Absatz, ohne Zierkappe Nr. 36-42 M. 3.95</p> <p>Damen-Derby-Stiefel Normalform, durchweg zartes Oberleder sorgfältige Schaftausführung, amerik. Absätze M. 3.95 Nr. 35-36-37.</p>	<p>Jedes Paar M. 4.95</p> <p>Damen-Derby-Halbschuhe mit Pressfalten, amerikanische Form steile Absätze . . M. 4.95 Nummer 36-42 auch in braun u. weiss</p> <p>Damen-Derby-Stiefel schwarz, mit Lackkappen neueste Formen M. 4.95 Nummer 36-42</p> <p>Knaben-Derby-Stiefel schwarz, mit Lackkappen und Pressfalten M. 4.95 Nummer 36-39</p>	<p>Jedes Paar M. 5.95</p> <p>Damen-Molière-Halbschuhe vornehme Ausführung in Lack, schwarz, braun und weiss M. 5.95</p> <p>Damen-Derby-Stiefel modebraun mit echten Lackkappen, noble Tracht in allen Grössen . . M. 5.95</p> <p>Herren-Derby-Stiefel in verschiedenen Ausführungen saubere haltbare Arbeit Nr. 40-46. M. 5.95</p> <p>Herren-Werktags-Stiefel sehr haltbar . . . M. 5.95</p>	<p>Jedes Paar M. 6.95</p> <p>Damen-Lack-Halbschuhe mit matt sämisch. Einsatz, Pressfalten, steile Absätze, letzte Neuheiten . . . M. 6.95 Nummer 36-42</p> <p>Damen-Derby-Stiefel braun und schwarz mit Lack-Kappen, elegante Schaftausführung M. 6.95 Nummer 36-42</p> <p>Herren-Derby-Stiefel mit und ohne Lackkappen, Chromleder und Pressfalten M. 6.95</p>	<p>Diese Schul-Stiefel sind hergestellt aus zartem, haltbarem Oberleder, holzgenagelt oder durchgenähter Boden.</p> <p>Normalformen, engl. Absatz</p> <p>Grösse 22-24 Mk. 2.20 Grösse 25-26 Mk. 2.40 Grösse 27-30 Mk. 2.60 Grösse 31-35 Mk. 3.15</p> <p>Eine Menge braune Stiefel sehr billig, nur wenig mehr</p> <p>Grösse 23-26 Mk. 2.95 Grösse 27-30 Mk. 3.50 Grösse 31-35 Mk. 3.95</p> <p>Wolff Schuhhaus Gießen, Seltersweg 19</p>
--	---	---	--	---

C. A. Hartmann
vormals Otto Rathschlag
Fernruf 2084 Seltersweg 81/2

Aussteuerhaus
Wäsche-, Betten- und Steppdecken-Fabrik

Neuwäscherei mit eigener elektrischer Licht- und Kraft-Anlage in Marburg

Haupt-Katalog und Muster stehen gerne zu Diensten

Hochmoderne
Damen- und Kinderhüte
zu äusserst billigen Preisen

Hutformen versch. Formart. aus Ia. Litzengeflecht, M. 3.25, 4.75
Hutformen aus Strohgeflecht, v. 1.75 M. an
Schick garnierte Hüte 7.50, 9.25 M. u. höh. mit 5% Rabatt

Modellhüte in allen Preislagen von M. 16.- an

F. Mandler, Spezial-Putzsalon, Großer Steinweg 15 part.

Galop-Crème
Pilo

erfüllt alle Wünsche. Machen Sie deshalb keine Versuche mehr mit Schuhputzmitteln zweifelhafter Güte, deren es so viele gibt.

Pilo ist überall zu haben!

Flechten.

Es wird Sie interessieren zu erfahren, daß Ihre Dun-Salbe meine Hände von einer Art störenden Flechten nach 8-wöchigem Gebrauch befreit hat, nachdem ich über 1 Jahr mit allerhand Salben vergebliche Versuche gemacht hatte. Seit meinem Erfolge habe ich auch bei jeder passenden Gelegenheit die Dun-Salbe empfohlen und besonders ein Kollege, der öfters rissige Hände bekam, hatte guten Erfolg. Die Salbe eines Spezialisten, die recht teuer war, hatte nichts geholfen.

D. S. Lehrer Gg. F.
Vorzüglich gegen Keuschbäusen, Katarrh, Bronchitis, Influenza und Asthma. Zu haben in Apotheken oder durch Vermittlung der Fabrik **Hans Heiß in Darmstadt**, Röhrdörfer Straße 22. I B. Dun-Salbe 1.30 M., D.-Pillen 1.30 M., D.-Zäpfchen 2.- M. Probest. kostenlos und frei.

Fausring-Lanolin-Seife
Der Haut zuträglichste, wohlfeileste Toilette-seife, Stück 20 Pfennig, 5 Stück 95 Pfennig. Angefertigt vom langjährigen Fabrikanten der Pfeilringseife: C. Naumann, Offenbach a. M.

STOEWER
bleibt unerreich!

7 Goldene Medaillen Meisterschaftspreise
Stahlsmedaille für gewerbliche Leistungen

Alleinvertreter:
Franz Vogt & Co., Giessen
Fernsprecher 1054 Goethestrasse 32
Einzige Spezial-Reparatur-Werkstätte f. alle Bureaumaschinen a. Plätze
Verlangen Sie kostenlose und unverbindliche Vorführung.

Total - Ausverkauf
von Schuhwaren.
Um schnell zu räumen, verkaufe zu jedem annehmbaren Preise. 03518
Heinrich Blum Neustadt 19

Ich suche eine Freundin
der ich den wirklich guten Kof erteilen möchte, eine schmuckhafte sämige Braten-Sauce nur mit **Schmeißer's Saueren Würfel**
- das Stück zu 10 Pfg hinreichend für 2-3 Personen herzustellen. Der Würfel enthält alle notwendigen Zutaten wie Weizenmehl, Gewürze, Kräuter etc. und wird dem Braten gleich von Beginn des Schmorens zugefügt.

Nur echt mit roter Schutzmarke
Hier überall zu haben.
Machen Sie einen Versuch.

Damenfrisieren
Shampooieren
- Kopfwaschen - mit neuestem Warmluftstrom-Trockenapparat
Frau Bernh. Dosch
Neuen Bäss 12, Ecke Weidengasse
Damen-Frisiersalon separat
Ankauf von Wirtshaar.

Sparsame Frauen
stricken Sternwolle
deren Echtheit garantiert dieser Stern von Bahrenfeld

Neueheit
Matadorstern
Aus reiner Wolle hergestellt
nicht einlaufend
nicht filzend
Das Beste gegen Schweißfuß
4 Qualitäten.

auf jedem Etikett und Umband und die Aufschrift Fabrikat der Sternwollspinnerei Altana-Bahrenfeld

Auf Wunsch Nachweis von Desinfektions-